



Foto: Thomas Riese

*Auch wenn der
Lehrerberuf vielen als
besonders sicher gilt:
Eine Garantie für eine
(Fest-)Anstellung gibt
es nicht.*

Arbeitsmarkt Lehrer

Aus der Schule in die Schule

Lehrer – für viele ein Traumberuf – auch wegen der Aussicht auf eine Verbeamtung.

Ob und wann diese erfolgt, ist allerdings von Bundesland zu Bundesland ganz unterschiedlich geregelt. Wie schnell jungen Lehrern grundsätzlich der Einstieg in den Schuldienst gelingt, darüber entscheiden Schulart, Fächerwahl und Abschlussnote.



Bei Sonja Engel lief der Berufseinstieg wie am Schnürchen: Nach ihrem Referendariat bekam die Grundschullehrerin eine feste Stelle in Aachen und

wurde kurz darauf verbeamtet. Doch das ist bei weitem keine Selbstverständlichkeit. „Wir waren 2007 allein in Aachen rund 50 frisch examinierte Referendare, die sich auf 16 Stellen im Grundschulbereich bewerben konnten“, erzählt die 31-Jährige. Entscheidendes Auswahlkriterium: die Examensnote. Wer keine Stelle bekam, wechselte die Stadt oder übernahm erst einmal Vertretungsstellen, erinnert sie sich.

In Nordrhein-Westfalen gibt es einen Vertretungspool, eine Art schulübergreifende Vertretungsreserve für Grundschulen, die bei den Schülern gebildet wird. Auch hierüber besteht schließlich die Option auf eine Festanstellung und Verbeamtung. Darüber hinaus können sich Lehrer in NRW direkt bei den Schülern der Bezirksregierungen und bei den Schulen selbst bewerben.

Zwei Drittel mit Beamtenstatus

Im Schuljahr 2011/12 verzeichnete das Statistische Bundesamt 669.800 voll- und teilzeitbeschäftigte Lehrer an allgemeinbildenden Schulen und 124.500 Lehrkräfte an berufsbildenden Schulen. Etwa zwei Drittel aller Lehrkräfte sind verbeamtet, rund ein Drittel arbeitet im Angestelltenverhältnis.

Fast 38.800 Studierende legten laut Statistischem Bundesamt 2011 erfolgreich die Lehramtsprüfung ab. Die Zahl der Absolventen steigt in den letzten Jahren wieder kontinuierlich. Auffällig ist, dass viele sich für ein Lehramtsstudium entscheiden, weil sie glauben, dass es ihnen Sicherheit bei der Lebensplanung bietet. So gaben gut acht von zehn Studienanfängern, die 2009 ein Lehramtsstudium aufnahmen, laut einer Umfrage der Hochschul-Informationssystem GmbH (HIS) an, dass ihnen Sicherheit sehr wichtig sei. Als Inbegriff genau dessen gilt vielen der Beamtenstatus.

Aber Vorsicht: Eine Garantie für eine Anstellung oder gar für eine Verbeamtung gibt es nicht. Lehrer müssen sich ganz regulär bewerben, je nach Bundesland zum Beispiel bei den Bezirks- oder Landesregierungen, den Schülern oder direkt auf Stellenausschreibungen von Schulen.

Die Vorteile der Verbeamtung liegen dabei auf der Hand: zum einen die Arbeitsplatzsicherheit. Aber auch: „Als verbeamtete Lehrkraft kann niemand in eine Teilzeitbeschäftigung gezwungen werden“, nennt Dr. Frank Zitka, Pressesprecher des Beamtenbunds (dbb), ein weiteres Plus. Auch auf das Einkommen wirkt sich die Verbeamtung in der Regel positiv aus: Wie hoch das Gehalt eines verbeamteten Lehrers genau ausfällt, variiert von Bundesland zu Bundesland. Für Angestellte

gilt bundesweit der Tarifvertrag des Öffentlichen Dienstes. Auch hier ist es jedoch den Ländern freigestellt, in welche Entgeltgruppe und -stufe sie ihre Lehrer einordnen.

Auch ob überhaupt Lehrer verbeamtet werden, hängt von der jeweiligen Landesregierung ab. In Berlin und Thüringen werden zurzeit Lehrer nur im Angestelltenverhältnis eingestellt, in Bayern und Nordrhein-Westfalen wird noch verbeamtet, ebenso in Bremen.

Überkapazität bei gleichzeitigem Lehrermangel

„Insgesamt gesehen hat sich der Arbeitsmarkt für Lehrer in den letzten Jahren positiv entwickelt“, erklärt Ralf Beckmann, Arbeitsmarktexperte bei der Bundesagentur für Arbeit. Wie schnell es mit einer Festanstellung – ob als Angestellter oder als Beamter – klappt, hängt allerdings auch vom Bundesland, der gewählten Schulform und den Schulfächern ab.

Nach letzten Angaben der Kultusministerkonferenz (KMK) haben die deutschen Bundesländer 2012 knapp 30.000 neue Lehrkräfte in den öffentlichen Schuldienst eingestellt – zwei Prozent weniger als im Vorjahr. „Damit bewegt sich die Zahl der Neueinstellungen seit 2009 auf einem stabilen Niveau von jährlich etwa 30.000. In den Jahren 2002 bis 2008 wurde deutlich weniger Personal rekrutiert“, so Ralf Beckmann.

Laut Statistischem Bundesamt ist fast ein Drittel der Lehrerschaft an allgemeinbildenden Schulen 55 Jahre oder älter, so dass viele Nachwuchslehrer benötigt werden. „Auf der anderen Seite rechnet man damit, dass die Schülerzahlen bis zum Jahr 2020 um gut 20 Prozent abnehmen werden. Deshalb ist zu erwarten, dass wir bei gleichbleibender Schüler-Lehrer-Relation insgesamt eine geringere Lehrerzahl als heute haben werden“, führt der Arbeitsmarktexperte der Bundesagentur aus. Er weist aber auf viele Unsicherheitsfaktoren hin, etwa auf das tatsächliche Renteneintrittsalter.

Inklusion verändert Schullandschaft

Ein weiterer Faktor ist die Inklusion, die in den kommenden Jahren an allen deutschen Schulen umgesetzt werden wird. Gemeint ist damit das gemeinsame Lernen von behinderten und nicht-behinderten Kindern und Jugendlichen. Als Vorreiter bei der Umsetzung dieses neuen Lernens hat sich bundesweit Bremen etabliert. Kinder sollen künftig nach der Grundschule nicht mehr für verschiedene Schulformen sortiert werden. Denkt man diesen Gedanken zu Ende, „kann es in Zukunft nur noch eine Schulform geben“, sagt Inklusions-Referentin Andrea Herrmann-Weide aus Bremen. Doch sie betont, dass das noch Zukunftsmusik sei. >>



Bei Grundschullehrerin Sonja Engel entschied am Ende die Examensnote.



Foto: Thomas Riese

Lehrermangel oder Überkapazität? Das hängt stark von den Fächern und der Situation im jeweiligen Bundesland ab.

Derzeit haben insgesamt sechs Prozent der Kinder im Bremer Gebiet eine Behinderung, das sind rund 4.400 Schüler. Bisher wurden sie in Förderzentren unterrichtet, die jetzt „ein auslaufendes Modell“ sind. Nach der Schließung sollen die Förderschullehrer an den Regelschulen eingesetzt werden. „Und damit ist der Bedarf noch lange nicht gedeckt“, sagt Andrea Herrmann-Weide. Kurz gesagt: In Bremen sind Sonderpädagogen Mangelware, aber das Geld muss da sein, um neue Stellen zu schaffen.

Eine Modellrechnung der Kultusministerkonferenz (2011) prognostizierte darüber hinaus zuletzt vor allem für berufliche Schulen und im sonderpädagogischen Bereich einen hohen Bedarf, und sah unabhängig von der Schulart gute Chancen in den naturwissenschaftlichen und mathematischen Fächern. Aber: „Das ist eine politische Entscheidung, die sich nicht immer am Bedarf orientiert“, erklärt Josef Kraus, Präsident des Deutschen Lehrerverbandes.

Wirft man einen Blick auf die Prognosen einzelner Bundesländer, wird deutlich, dass sowohl Lehrermangel als auch Überkapazitäten nebeneinander existieren – etwa je nach Fach. Beispiel Mecklenburg-Vorpommern: „Trotz des derzeitigen Lehrkräfteüberhangs besteht bereits jetzt besonderer Bedarf für bestimmte Unterrichtsfächer (...): Musik, Sozialkunde, Kunst und Gestaltung, Englisch, Biologie – bis 2020 wird dieser fachspezifische Bedarf weiter bestehen. Überhangfächer sind hingegen: Deutsch, Geschichte, Mathematik, Sport“, heißt es auf den Seiten des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur Mecklenburg-Vorpommern.

Lehrerbildung ist Ländersache

Heiko Pohlmann vom Bundesverband der Lehrerinnen und Lehrer an beruflichen Schulen e.V. (BLBS) sieht den Bedarf differenziert: „Im beruflichen Lehramt der Elektro- und Metalltechnik besteht in fast allen Bundesländern in absehbarer Zeit ein großer Bedarf, ganz deutlich zum Beispiel in Nordrhein-Westfalen. Leider kann der Bedarf in den Fächern kaum gedeckt werden. Anders sieht es etwa in der Sozialpädagogik aus.“

Doch einfach das Bundesland zu wechseln, ist für Lehrer nicht ganz unkompliziert – denn Lehrerbildung ist Ländersache. Einige Bundesländer bieten in den Lehramtsstudiengängen Fächer an, die es in anderen Bundesländern nicht gibt. Dazu zählen etwa die Sprachen der jeweiligen Nachbarländer (z.B. Dänisch, Schwedisch und Norwegisch in Mecklenburg-Vorpommern) oder Pädagogik. Andere, wie etwa Bayern, sehen verpflichtende Fächerkombinationen vor, die Bewerber aus anderen Ländern nicht unbedingt mitbringen. Besonders in Studiengängen mit Schulstufenschwerpunkten, etwa bei der Kombination aus Grund- und Hauptschule oder Haupt- und Realschullehramt, sind die Studiengänge nur selten einheitlich.

Ähnliches gilt nach Auskunft der zuständigen Landesministerien für den Vorbereitungsdienst: In Bayern dauert er 24, in Hessen, Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen 18, in Sachsen-Anhalt nur 16 Monate. Welche Chancen man mit seinem Abschluss in welchem Bundesland hat, und ob er anerkannt wird, erfährt man beim jeweiligen Kultusministerium. <<

>>mehr info
www.abi.de

**Gib Folgendes
in die Suche
ein: CodeWDL**

